

Pressemitteilung: 15. Treffen der Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB) in Frankfurt/Oder

Wir fordern: Regelsatzerhöhung jetzt !

Am Samstag, dem 7. Juni 2008 fand in Frankfurt /Oder das 15. Treffen der „Sozialen Bewegung Land Brandenburg“ (SBB) statt. Aus Brandenburg a.d.H., Eberswalde, Eisenhüttenstadt, Finsterwalde, Frankfurt/O., Jüterbog, Potsdam, Schwedt, Storkow, und Trebbin fanden sich 23 Delegierte ein, um über die programmatischen Schwerpunkte und Aktivitäten zu beraten, mit denen wir vor der Kommunalwahl auf die Interessen der von Armut betroffenen bzw. bedrohten Menschen im Land aufmerksam machen werden. Die Versammelten brachten deutlich zum Ausdruck, dass wir es nicht beim aufmerksam machen belassen, sondern uns weiterhin zielbewusst für die Interessen dieser Menschen einsetzen werden. Das werden wir in unseren örtlichen Initiativen verstärkt sowohl mit Aktionen auf der Strasse, mit Einmischung in die parlamentarische Arbeit und mit der Organisation von Hilfe zur Selbsthilfe tun.

In der Mittagspause wurde das gleich in die Tat umgesetzt! Auf einer Kundgebung auf dem Frankfurter Platz der Republik präsentierten sich die Vertreter der SBB den Frankfurtern. Sie riefen die Anwesenden auf, sich am Kampf gegen Sozialabbau zu beteiligen. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand das Versprechen, sich auch weiterhin für die Interessen der Sozialschwachen einzusetzen.

Von der Politik fordern wir: Statt Sonntagsreden und Wahlpropaganda, wahre Schritte der Armutsbekämpfung! Hierzu wurden auf diesem SBB-Treffen einige weitere wichtige Beschlüsse gefasst:

- Die SBB hat einen Aufruf verabschiedet, mit dem sie sich an der Mobilisierung zur Kundgebung am 16. Juni in Berlin beteiligt, welche anlässlich einer Anhörung im Bundestag zu den Hartz IV-Regelsätzen stattfindet. Wir fordern Regelsatzerhöhung jetzt!
- die SBB hat sich als Mitunterzeichner der Forderung, die vorsätzlichen Kürzungen bei Schulkindern durch die Einführung von Hartz IV zurückzunehmen, angeschlossen.

Unser Ziel, die Durchsetzung von mehr sozialer Gerechtigkeit, beschränkt sich dabei keineswegs nur auf die Erwerbslosen. Die SBB setzt sich für alle von sozialer Schlechterstellung und Ausgrenzung bedrohten Bürger ein. Das machen unsere drei Hauptforderungen deutlich:

- 10 Euro Mindestlohn für alle Niedrigverdiener, damit man von Arbeit auch vernünftig leben kann.
- 30 Stundenwoche für alle Langzeitjobber, Arbeit ‚fairteilen‘, damit alle Arbeit haben.
- 500 Euro Regelsatz bedingungslos + Kosten der Unterkunft, damit alle Menschen ohne Armutsrisiko leben können.

Das wäre das richtige Armutsbekämpfungsprogramm für die Regierung, weil es allen hilft und auch der künftig drohenden Altersarmut vorbeugt, da die Renten an das Lohnniveau und die Grundsicherung gekoppelt sind.